



## Russlandanalysen

### *Inhalt*

<i>Der Wahlkampf, der kein Wahlkampf war. Jens Siegert, Moskau</i>	2
Tabellen und Diagramme zum Text	
<i>Voraussichtliches Ergebnis der Präsidentenwahlen. Prognose des FOM vom 8.3.2004</i>	6
<i>Erwartungen an den neuen Präsidenten Putin</i>	7
Dokumentation	
<i>Die wichtigsten rechtlichen Regelungen zur Wahl des russischen Präsidenten</i>	10
Aktuell	
<i>Die neue russische Regierung. Tabellarische Übersicht</i>	11
Rückblick	
<i>Was sind russische Wahlprognosen wert? Am Beispiel der Voraussagen für die Dumawahlen 2003</i>	13
Chronik	
<i>Vom 4. bis 9. März 2004</i>	14

### *Über die Zukunft der Russlandanalysen*

In den letzten Tagen hat sich endgültig geklärt, dass die Russlandanalysen über den Zeitpunkt der russischen Präsidentenwahlen hinaus fortexistieren können. Das wird durch eine Zuwendung der Otto Wolff-Stiftung möglich, die das Erscheinen bis zum Ende des Jahres 2004 sicherstellt.

In der Themenplanung werden sich die Russlandanalysen auch forthin an der politischen Entwicklung in Russland orientieren. Neben Beiträgen zu aktuellen Fragen (etwa zur Regierungsbildung, die in der nächsten Nummer analysiert wird) sollen aber auch politikrelevante Strukturfragen behandelt werden. Für dieses Jahr haben wir Schwerpunkte zu Justiz und Rechtsklima, sozialen Probleme und Sozialpolitik sowie zur regionalen Dimension von Politik ins Auge gefasst. Ein weiteres Thema wird die russische Außen- und Sicherheitspolitik sein.

*Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder*

## *Der Wahlkampf, der kein Wahlkampf war*

*Von Jens Siegert, Moskau*

### *Zusammenfassung*

Der Präsidentenwahlkampf wurde entscheidend vom Ausgang der Parlamentswahlen vom 7. Dezember 2003 geprägt. Nach dem Wahlsieg der Präsident Putin nahestehenden Partei „Einiges Russland“ fanden sich anfangs keine ernsthaften Konkurrenten für Putin zur Kandidatur bereit. Die Wahlverlierer aus den liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) und ihr zivilgesellschaftliches Umfeld neigten einem Wahlboykott zu, weil, wie es der Jabloko-Vorsitzende Grigorij Jawlinskij formulierte, dies keine Wahl mehr sei, sondern eine „Farce“. Trotz dieser allgemein geteilten Einschätzung stellten sich Ende Dezember unter anderen noch der damalige Fraktionsvorsitzende des bei den Dumawahlen überraschend starken Wahlblocks Rodina, Sergej Glasjew, gegen Widerstände des eigenen Wahlblocks und die damalige Co-Vorsitzende von SPS, Irina Chakamada, gegen den Willen der eigenen Partei zu Wahl. Beide sind, wie auch weitere vier Kandidaten, ohne Aussicht auf einen Sieg, denn der Sieger stand mit Wladimir Putin von Anfang an fest.

### *Das „System Putin“ nach der Dumawahl*

Mit dem überwältigenden Sieg von „Einiges Russland“ bei der Dumawahl ist die Gewaltenteilung in Russland praktisch aufgehoben. Auch das Parlament unterhaus ist nun, wie zuvor schon der Föderationsrat, die Justiz und die elektronischen Massenmedien zwar nicht de-jure wohl aber de-facto zu einem Teil der Exekutive, einer Art „Staatskomitee für Politik“ geworden – so der russische Politologe Mark Urnow. „Einiges Russland“ hat alle wichtigen Posten in der Duma mit eigenen Leuten besetzt. Zur wichtigsten Etappe der Gesetzgebung erklärte der Dumavorsitzender und Spitzenkandidat von „Einiges Russland“ Boris Grylow eine sogenannte „Nullte Lesung“. Damit ist die vorparlamentarische Abstimmung von Gesetzesvorhaben zwischen Regierung und Ausschussvorständen, beziehungsweise dem Vorstand der Mehrheitsfraktion „Einiges Russland“ gemeint. In der Duma soll zukünftig möglichst nur noch abgestimmt werden. Gryslow fasst das so zusammen: „Die Staatsduma ist nicht die Plattform, auf der die unterschiedlichen politischen Schlachten geschlagen werden sollen, sondern dort soll eine effektiv für den Staat gearbeitet werden.“

### *KandidatInnenkür*

Die Hürden für eine Kandidatur bei Präsidentenwahlen in Russland kandidieren sind recht hoch. Kandidaten können von einer in der Duma mit Fraktionsstärke vertretenen Partei nominiert werden. So wurden Oleg Malyschkin von der Schirinowskij-Partei LDPR und Nikolaj Charitonow von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) aufgestellt. Wiktor Geraschtschenko vom Wahlblock „Heimat“ (Rodina) versuchte diesen Weg ebenfalls. Seine Kandidatur wurde aber von der Zentralen Wahlkommission nicht zugelassen. Wer ohne die Unterstützung einer Parlamentspartei kandidieren möchte, muss zuerst eine Versammlung von 500 Vertrauenspersonen einberufen, sich danach als „Kandidat zum Kandidaten“ bei der Zentralen Wahlkommission registrieren lassen und dann bin-

nen vier Wochen mindestens 2 Millionen Unterschriften zu Unterstützung der Kandidatur sammeln. Auf diese Weise wurden Wladimir Putin, Irina Chakamada, Sergej Glasjew, Sergej Mironow und Iwan Rybkin Präsidentschaftskandidaten. Weitere drei Kandidaten brachen die Unterschriftensammlung entweder ab oder wurden von der Wahlkommission nicht zugelassen.

### *Irina Chakamada*

Die Diskussionen um einen gemeinsamen liberalen Kandidaten oder eine liberale Kandidatin begannen sofort nach den Dumawahlen, blieben allerdings anfangs ohne Ergebnis. Während Jabloko sich nach ersten Konsultationen eine Kandidatur ihres Parteichefs Grigorij Jawlinskij zumindest weiter offen hielt, beschloss SPS, dass es keinen von der Partei offiziell unterstützten Kandidaten geben werde. Die Diskussion innerhalb der den liberalen Parteien zuneigenden NGO war ebenfalls uneinheitlich. Die unterschiedlichen Positionen reichten von der Idee nun mit SPS und Jabloko einen gemeinsamen liberalen Kandidaten aufzustellen, über die Aufstellung von Wahlprüfsteinen ohne eigenen Kandidaten bis hin zum Aufruf die Wahl zu boykottieren. Grigorij Jawlinskij zog eine Kandidatur dennoch ernsthaft in Erwägung, konnte aber kurz vor Ablauf der Registrierungsfrist Ende Dezember davon überzeugt werden, dass der Kandidaturverzicht von SPS kein taktisches Manöver sondern ernst gemeint sei und verzichtete nun seinerseits. Am 30. Dezember erklärte dann aber überraschend Irina Chakamada, eine von drei SPS-Vorsitzenden, sie werde antreten und reichte die Registrationsunterlagen noch fristgerecht bei der Wahlkommission ein. Die SPS ebenso wie von Chakamada später angesprochene NGO-Vertreter lehnten eine Unterstützung ihrer Kandidatur auch nachträglich ab. Die SPS spaltete sich Mitte Januar faktisch, indem Vertraute von Anatolij Tschubajs nach Rücktritt der Parteiführung in die entscheidenden Positionen aufrückten. Jabloko beschloss Mitte Februar auf einem Parteitag, zum Wahlboykott aufzurufen.

### *Oleg Malyschkin*

Mit sicherem Gespür für Symbolik unterstrich Wladimir Schirinowskij die Absurdität dieses Wahlkampfes, indem er die LDPR-Fraktion seinen ehemaligen Leibwächter, früheren Boxmeister und heutigen Dumaabgeordneten Oleg Malyschkin als Kandidaten aufstellen ließ. Allerdings greift damit Schirinowskij, in ihm eigener Offenheit, das Institut Wahlen, insbesondere Präsidentenwahlen insgesamt an. Die Wahlen seien grundsätzlich Unsinn, erklärte Schirinowskij, Putin müsse Präsident auf Lebenszeit werden. In diesem Geist übte er sich im Spiel mit den Journalisten. Auf eigentlich unnötige Fragen an Malyschkin nach dessen offensichtlicher Scheinkandidatur antwortete der stets danebenstehende Schirinowskij mit meist ernstem Gesicht und oft erhobener Stimme, der Kandidat habe einen eigenen klugen Kopf. Malyschkin dagegen blieb einsilbig. Höhepunkt dieses absurden Theaters war der Versuch Schirinowskijs, auch in den Kandidatendebatten im Fernsehen für Malyschkin aufzutreten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der durch die Wahlkommission gestützten Weigerung der Fernsehsender.

### *Nikolaj Charitonow*

Nikolaj Charitonows Weg zur Platzhalterkandidatur für die KPRF ist wenig ruhmreicher. Charitonow, ein ursprünglich aus der Agrarpartei stammender Abgeordneter mit wenig Ausstrahlung und deutlichen Vorlieben für Stalin und Dserschinskij, war der Kompromisskandidat, mittels dessen Sjuganows Kandidatur verhindert und eine Spaltung der Partei abgewendet wurde. Ursprünglich wollte Parteichef Gennadij Sjuganow trotz des schlechten Abschneidens der Kommunisten bei den Dumawahlen erneut kandidieren. Eine Gruppe um Gennadij Semigin versuchte dies zu verhindern, im „Auftrag des Kreml“ wie Sjuganow argwöhnte.

### *„Heimat“: Sergej Glasjew oder Wiktor Geraschtschenko*

Die Spaltung zu verhindern gelang dem erst im Spätsommer 2003 gebildeten linksnationalistischen Wahlblock „Heimat“ nicht. Dmitrij Rogosin, einer von zwei Spitzenkandidaten und dem Kreml nahestehend, setzte sich für die Kandidatur des ehemaligen Zentralbankchefs Wiktor Geraschtschenko ein, seit der Dumawahl Abgeordneter der Heimat-Fraktion. Sein Ziel dürfte gewesen ein, eine Kandidatur des populären Fraktionsvorsitzenden Sergej Glasjew zu verhindern. Glasjew sei nicht „lenkbar“, so fürchteten Kremlberater, könne sich mit einem guten Ergebnis zu einer zu selbstständigen politischen Figur entwickeln und damit möglicherweise

den Grundstein für einen Erfolg bei den Präsidentenwahlen 2008 legen. Doch Glasjew ließ sich durch das Mehrheitsvotum seiner Fraktion für Geraschtschenko nicht abschrecken und setzte seine Kandidatur mittels rund 2,2 Millionen gesammelter Unterschriften durch. Die Mitte Februar drohende Spaltung von Heimat – Rogosin hatte seine „Partei Russischer Regionen“ in „Heimat“ umbenannt und das Justizministerium diese Umbenennung akzeptiert - konnte noch einmal vermieden werden. Anfang März setzte die Heimat-Fraktion in der Duma Glasjew aber auf Initiative von Rogosin als ihren Vorsitzenden ab und wählte Rogosin zu seinem Nachfolger.

Geraschtschenkos von Rogosin betriebene Kandidatur endete bevor sie begonnen hatte. Die Zentrale Wahlkommission lehnte seine Registrierung als Kandidat ab, weil er laut eingereichter Unterlagen nicht vom Wahlblock, sondern von seiner „Partei Russischer Regionen“ aufgestellt worden sei. Das Wahlgesetz sehe aber ausdrücklich die Aufstellung durch eine Partei oder einen Wahlblock vor, der oder die an der Wahl teilgenommen und in die Duma eingezogen sei. Geraschtschenko wurde nahegelegt, doch auch den Weg über das Sammeln von 2 Millionen Unterschriften zu gehen. Doch er legte Beschwerde gegen die Entscheidung der Wahlkommission vor dem Obersten Gericht ein, die dieser am 6. Februar 2004 zurück wies. Damit war aber auch die Frist verstrichen innerhalb derer Geraschtschenko noch mittels Unterschriftensammeln hätte Kandidat werden können.

### *Sergej Mironow*

Ebenso wenig verständlich wie das Antreten seiner Partei „Leben“ bei der Dumawahl ist auch die Kandidatur des Föderationsratsvorsitzenden und Putinvertrauten Sergej Mironow bei den Präsidentenwahlen. Wie vor den Dumawahlen erklärte Mironow, Präsident Putin, seinen Gegenkandidaten, unterstützen zu wollen. In Meinungsumfragen kommt Mironow nicht über ein halbes Prozent Unterstützung hinaus.

### *Iwan Rybkin*

Für den größten Skandal des Wahlkampfes sorgte Iwan Rybkin mit seinem mehrtägigen Verschwinden Anfang Februar. Rybkin war mit Unterstützung des im Londoner Exil lebenden ehemaligen „Oligarchen“ Boris Beresowskij angetreten. Am 7. Februar meldete die russische Presse, Rybkin sei verschwunden. Einige Tage später hieß es, er sei in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Am 11. Februar kehrte Rybkin zurück nach Moskau und erklärte bei seiner Ankunft, er habe nur ein paar Tage

ausruhen wollen. Später behauptete Rybkin, er sei nach Kiew gereist, um einen Emissär des tschetschenischen Rebellenführers Aslan Maschadow zu treffen und einen Friedensplan zu beraten. In einer dritten Version sprach Rybkin davon, nach Kiew gelockt und dort über Drogen im Tee betäubt worden zu sein. Während seiner mehrtägigen Bewusstlosigkeit habe man Videoaufnahmen gemacht, die ihn beim angeblichen sexuellen Verkehr mit Prostituierten zeigen. Mit diesen Aufnahme habe man ihn zu erpressen und zur Aufgabe seiner Kandidatur zu bewegen versucht.

Kurze Zeit später verließ Rybkin Russland und flog nach London zu seinem Finanzier Beresowskij, weil er sich in Russland nicht sicher fühle. Mehrere Versuche, von London aus die Teilnahme an den Kandidatendebatten im Fernsehen einzuklagen, schlugen fehl. Anfang März kehrte Rybkin überraschend nach Moskau zurück und zog seine Kandidatur zurück. Je nach politischer Einstellung oder politischen Interessen wird entweder dem Inlandsgeheimdienst FSB oder Beresowskij die Autorschaft für Rybkins Abenteuer nachgesagt. Das widersprüchliche Verhalten des Kandidaten gibt aber auch Vermutungen Sinn, Rybkin habe den Druck zwischen Beresowskij und Kreml nicht ausgehalten und das „Spiel verlassen“ wollen.

### *Wladimir Putin*

Wladimir Putins Helfer sammelten über sieben Millionen Unterschriften, weit mehr als die notwendigen zwei Millionen und dreimal soviel wie die anderen KandidatInnen. Damit unterstrich Putin seinen Anspruch als „Kandidat der ganzen Volkes“ und nicht einer Partei, stehe sie ihm auch noch so nahe, zu gelten. Mit seiner Absage an eine Teilnahme bei den Debatten der Präsidentschaftskandidaten im Fernsehen und dem Verzicht auf kostenlose Wahlwerbezeit im Fernsehen wiederholte die Taktik von „Einiges Russland“ aus dem Dumawahlkampf. Der Geschäftsführer von „Einiges Russland“ Jurij Wolkow hatte diesen Schritt im Herbst so begründet: „Wir halten es nicht für sinnvoll und sogar gefährlich, Zeit mit Reklame und populistischen Auftritten im Fernsehen zu vergeuden.“ Diese Absage an öffentliche Politik zieht sich als Strukturmerkmal durch das Verhalten von Präsident Putin und seinen Beratern. Eine direkten Begründung für seinen Verzicht auf öffentliche Debatten und kostenlose Fernsehzeit gibt es von Putin nicht. Allerdings äußerte er sich in einer Rede vor seine Wahlvertrauensleuten in der Moskauer Staatsuniversität am 12. Februar darüber, was er grundsätzlich von Wahlwerbung hält: „Ein Staatsoberhaupt im Amt sollte für sich selbst nicht Reklame machen – das wäre in den vergangenen vier Jahren nötig gewesen: Demonstrieren,

allerlei schöne Märchen erfinden, schöne, nur weit von unserer Realität entfernte.“

Die gut halbstündige Rede wurde selbst zum Skandalon. Nicht wegen ihres wenig von früheren programmatischen Äußerungen abweichenden Inhalts, sondern weil sie vom staatlichen Fernsehkanal „Rossija“ live übertragen wurde. Gegen diesen offensichtlichen, und, so muss man annehmen, bewussten Verstoß gegen die Wahlgesetzgebung, die Wahlwerbung nur zulässt, wenn sie aus dem von der Zentralen Wahlkampfkommission verwalteten Wahlkampffond bezahlt wird, legten Irina Chakamada und Nikolaj Charitonow bei der Zentralen Wahlkommission Protest ein. Sie forderten, Putin müsse die Sendezeit nachträglich aus seinen Wahlkampfmitteln bezahlen und der Sender gerügt werden. Die Wahlkommission hingegen vermochte keine Gesetzesverletzung feststellen und wies den Protest zurück: „Die Rede Putins war programmatisch und von großem öffentlichem Interesse. In diesem Zusammenhang gibt es Grund zu der Annahme, dass es das Ziel des Senders für die Direktübertragung war, die Wähler zu informieren und nicht Wahlagitation zu betreiben.“ Damit übernahm sie fast wörtlich die Argumentation des Fernsehsenders. Andrej Bistrizkij, einer der Direktoren von „Rossija“, fügte noch hinzu, der Sender habe das Ziel gleiche Bedingungen für alle Kandidaten zu schaffen: „Bisher ist Iwan Rybkin der Kandidat, über den wir am meisten berichtet haben.“ Auf Antrag von Irina Chakamada hob das Oberste Gericht Ende Februar die Ablehnung der Beschwerde durch die Wahlkommission aufgrund von Verfahrensfehlern auf. Es wies die Kommission an, die Beschwerde erneut zu verhandeln.

Ähnlich wie durch die eben geschilderte Machtdemonstration verdeutlicht auch die Entlassung von Premierminister Michail Kasjanow am 24. Februar das Verhältnis von Präsident Putin und seiner Berater zum Institut Wahlen. Die russische Verfassung verpflichtet den Präsidenten, der Staatsduma binnen zwei Wochen nach der Entlassung eines Premierministers einen neuen Kandidaten vorzuschlagen. Durch den für die Entlassung gewählten Zeitpunkt bedeutete das, dass die Duma noch vor der Präsidentschaftswahl über einen neuen Regierungschef abstimmen muss. Die Verfassung schreibt aber auch vor, dass der Regierungschef, und mit ihm die Regierung, nach der Wahl eines neuen Präsidenten automatisch entlassen und durch die Duma auf Vorschlag des Präsidenten einen neuen Premierminister wählen muss. Die Entlassung Kasjanows begründete Putin in einer kurzen Fernsehansprache. Er wolle noch vor den Wahlen deutlich machen, sagte er, mit welcher Mannschaft und welchen Vorhaben er in seine zweiten Amtszeit zu gehen beabsichtige. Bei der Vorstellung der neuen Minister am

9. März erklärte Putin, die Entlassung der Regierung nach den Wahlen werde rein formal erfolgen. Sollte er erneut zum Präsidenten gewählt werden, würden alle gerade vorgestellten Minister Mitglieder auch der neuen Regierung bleiben.

Der Vorschlag, Michail Fradkow, den bisherigen Vertreter Russlands bei der Europäischen Union, zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen, sorgte eher für das Gegenteil. Fast niemandem in Russland war Fradkow näher bekannt. Seine politischen Überzeugungen sind unklar. Deutlich machte Putin mit diesem Schritt aber zweierlei: Erstens betonte er noch einmal, dass er in der Regierung kein politisches, sondern ein administratives Organ sieht, an dessen Spitze entsprechend auch kein öffentlicher Politiker, sondern ein Verwaltungsfachmann stehen muss. Zweitens zeigte Putin erneut sein rein technisches Verständnis von demokratischen Verfahren. Ihr symbolischer Gehalt liegt für ihn in der Demonstration von Kontrolle und Macht, nicht in der „Willensbekundung des Volkes“.

#### *Massenmedien*

W eil der Wahlsieger bereits fest steht und mit Irina Chakamada, Sergej Glasjew und Nikolaj Charitonow lediglich drei KandidatInnen um ein achtbares „Zählergebnis“ kämpfen, fand der Wahlkampf außerhalb der zentralen Medien kaum statt. Einzige Ausnahme ist das angestrengte, durch Anweisungen aus dem Kreml befeuerte Bestreben von Verwaltungen auf allen Ebenen, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Damit die Wahl gültig ist müssen laut Verfassung mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten abstimmen gehen. Allerdings besteht daran, dass die so genannten administrativen Ressourcen ausreichen werden, dies zu erreichen, nach der Erfahrung mit der Dumawahl kein Zweifel. In mehreren Regionen haben die Gouverneure den Wahltag, einen Sonntag, zum Arbeitstag erklärt. Fabrikdirektoren, Schulleiter, Behördenleiter und Universitätsrektoren sind angewiesen, dafür zu sorgen, dass alle ihr Beschäftigten, Schüler und Studenten sich vor dem Wahltag einen Wahlschein an ihrem Wohnort besorgen, um dann am Wahltag gemeinsam abstimmen zu gehen. Erfolgreich erprobt wurde dieses „Verfahren“ zur Sicherstellung einer

hohen Wahlbeteiligung bereits bei der Abstimmung über die Vereinigung des Permer Gebiets und des Nationalen Kreises der Komi-Permjaken am Tag der Dumawahlen im Dezember.

Die im Dumawahlkampf noch intensiv geführten Live-Diskussionen im Fernsehen, entbehrten diesmal der Schärfe und des öffentlichen Interesses. Der Fernsehsender NTW lehnte es gar mit dem Argument, das würde die Zuschauer wenig interessieren, ab, wie bei der Dumawahl Live-Diskussionen in seiner populären Sendung „Redefreiheit“ (Swoboda Slowa) zu veranstalten. Da es sich dabei um von den Teilnehmern zu bezahlende Sendezeit handelt, ist die Annahme nicht unbegründet, dass die NTW-Verantwortlichen sich mit dieser Weigerung eher an tatsächlichen oder antizipierten Forderungen aus dem Kreml orientierten als an kaufmännischen Argumenten.

#### *Fazit*

Die Präsidentenwahl 2004 in Russland ist eine Wahl ohne Alternative. Das liegt sicherlich an der großen Popularität des amtierenden Präsidenten Wladimir Putin, der selbst unter freien und fairen Bedingungen keinen seiner Gegenkandidaten fürchten müsste und aller Voraussicht nach bereits im ersten Wahlgang mit mehr als 50 Prozent der Stimmen gewinnen würde. Doch die Bedingungen sind, wie es die OSZE bereits für die Dumawahlen kritisierte, „frei aber nicht fair“. Dieser Umstand hat ernsthaftere Konkurrenten als die auf dem Wahlzettel vertretenen von einer Kandidatur abgehalten. Die demonstrative Geringschätzung seiner Gegenkandidaten und Missachtung dessen, was man gute demokratische Gepflogenheiten nennen könnte durch Wladimir Putin und seine Unterstützer verstärken unterdessen in der russischen Bevölkerung das weitreichende Misstrauen gegen demokratische Verfahren insgesamt und Wahlen insbesondere. Es bleibt der schale Eindruck zurück, dass eben das erreicht werden soll.

*Redaktion Hans-Henning Schröder*

#### *Über den Autoren:*

Jens Siegert ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.

#### *Lesetipps:*

Informationen der Heinrich-Böll-Stiftung zum Wahlkampf in Russland (in Deutsch): [www.demokratie-in-russland.de](http://www.demokratie-in-russland.de)

Dossier der Deutschen Welle zum Wahlkampf (in Deutsch): [http://www.dw-world.de/german/0,3367,1473\\_A\\_1044730,00.html](http://www.dw-world.de/german/0,3367,1473_A_1044730,00.html)

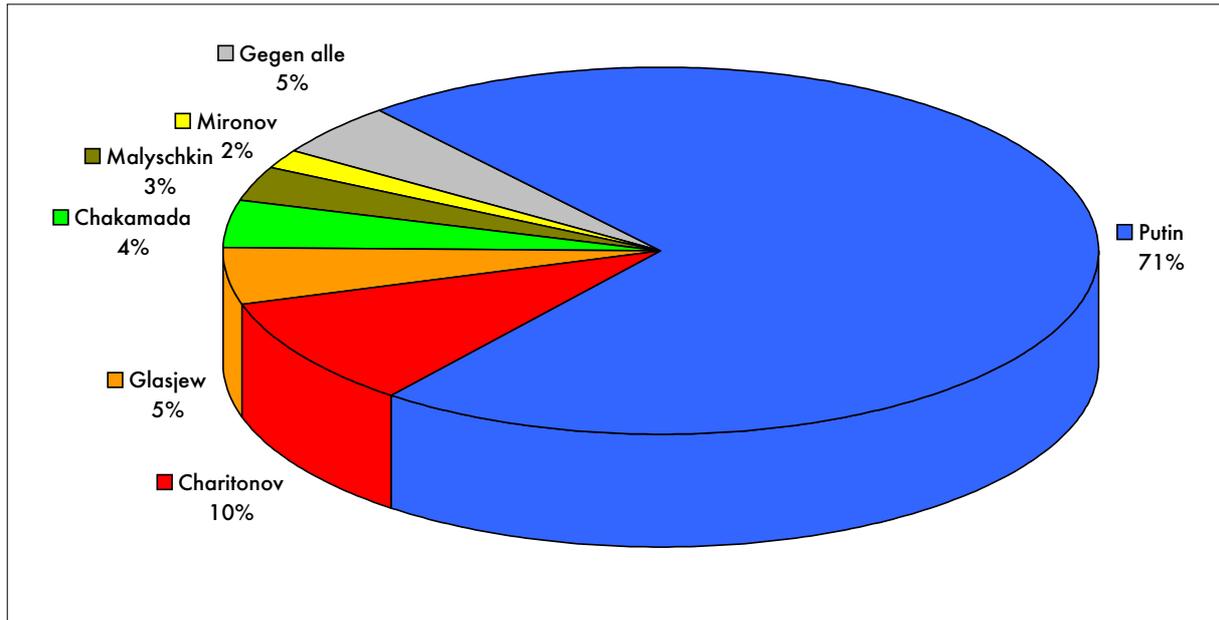
Bericht über die Wahlbeobachtungsmission der OSZE (in Englisch): [http://www.osce.org/odihr/elections/field\\_activities/?election=2004russia](http://www.osce.org/odihr/elections/field_activities/?election=2004russia)

Informationen über Kandidaten und Wahlkampagnen (in Englisch): <http://www.rferl.org/specials/russianelection/>

*Tabellen und Diagramme zum Text*

*Voraussichtliches Ergebnis der Präsidentenwahlen.*

*Prognose des FOM vom 8.3.2004*

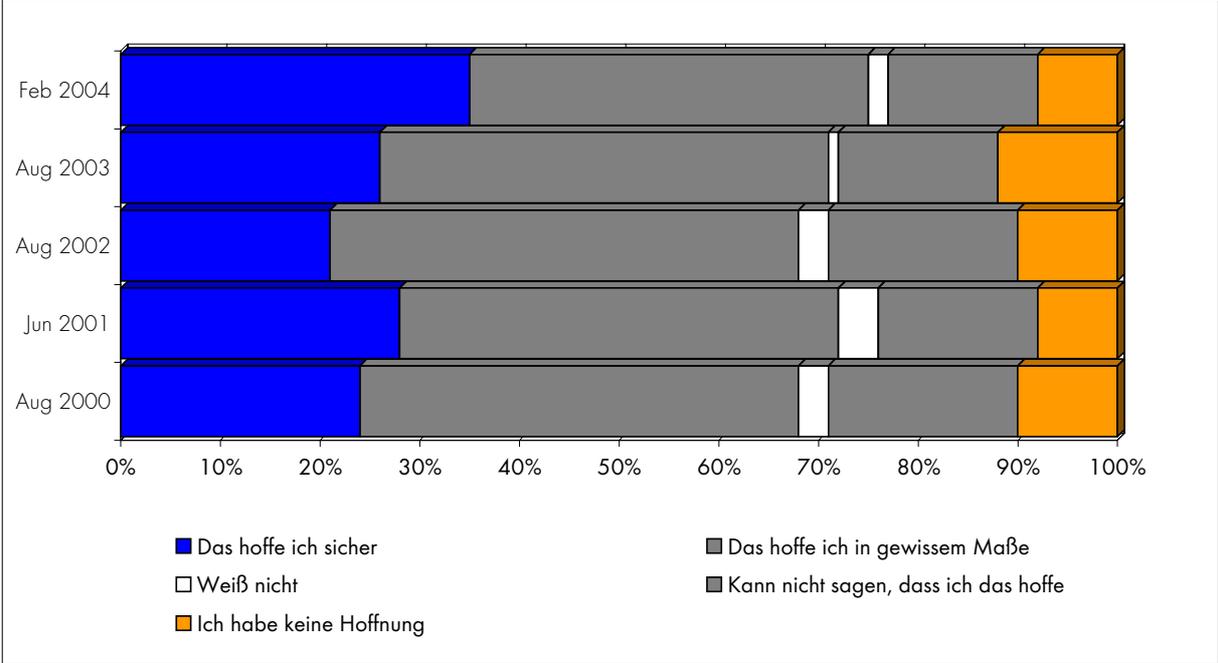


	% der Stimmen
Putin	71,8%
Charitonov	9,5%
Glasjew	5,2%
Chakamada	4,0%
Malyschkin	3,2%
Mironov	1,7%
Gegen alle	4,6%
	100,0%

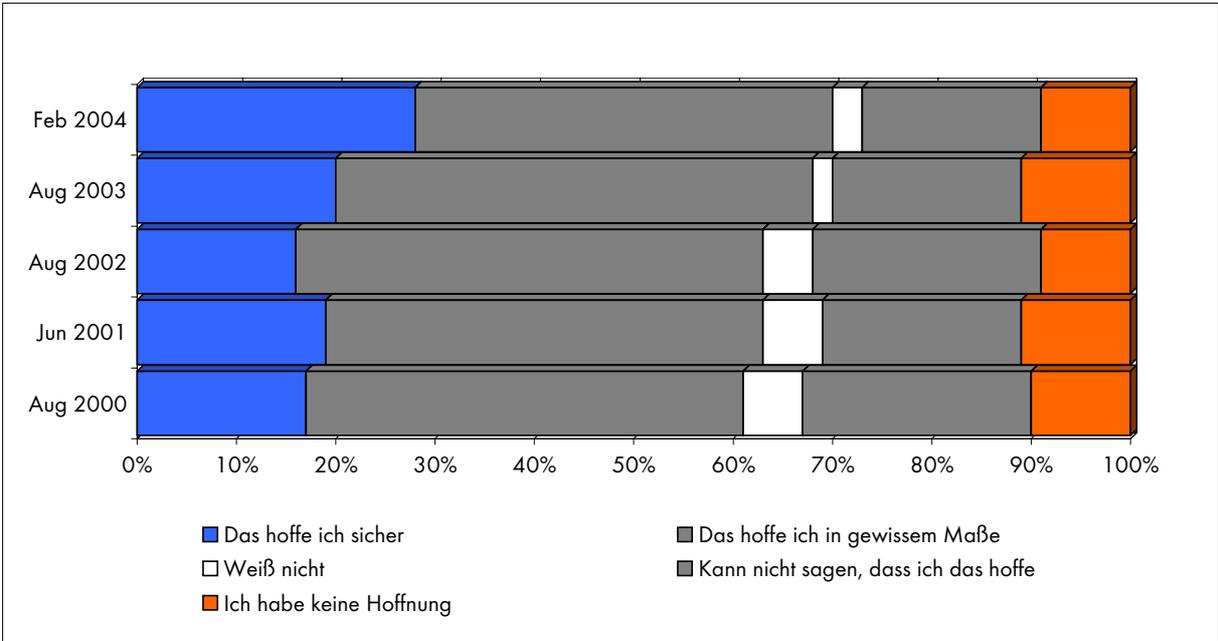
Quelle: <http://bd.fom.ru/report/map/o040801>, 9.3.2004

**Erwartungen an den neuen Präsidenten Putin**

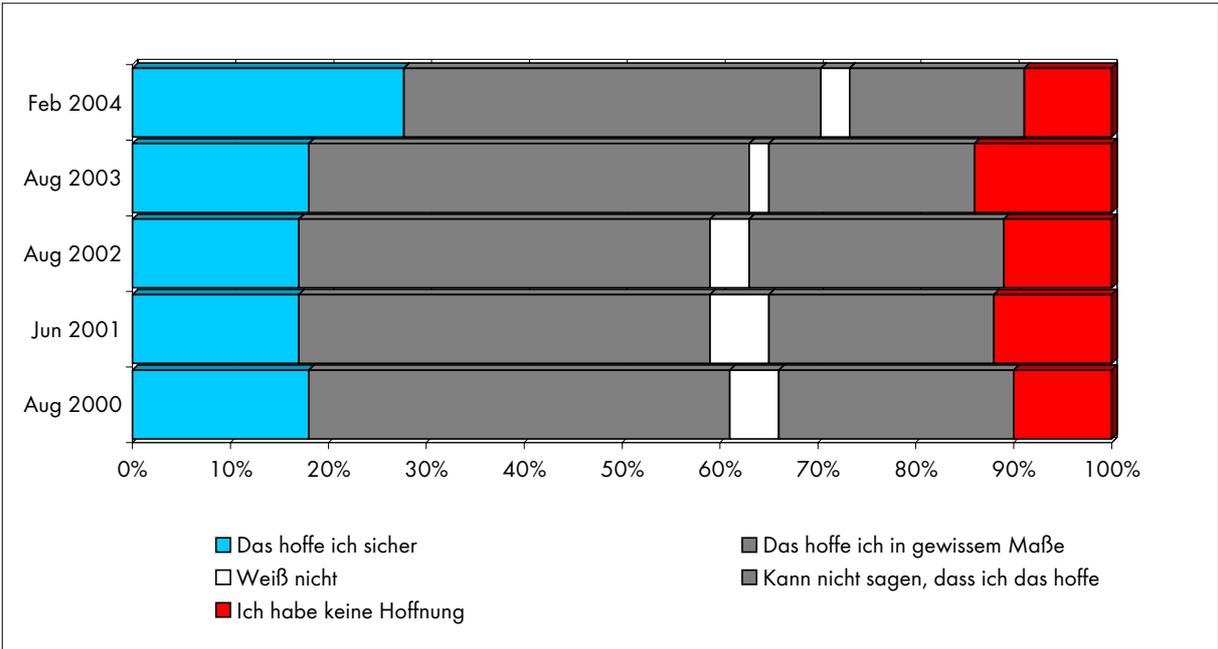
*Hoffen Sie, daß Putin Ordnung im Lande schaffen kann?*



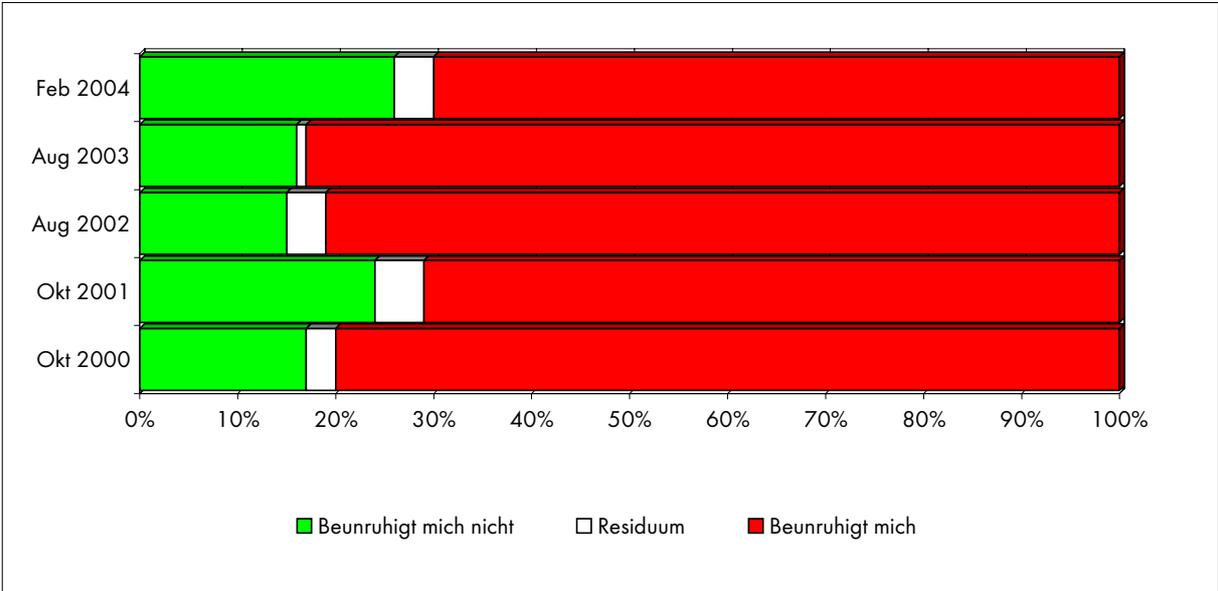
*Hoffen, Sie, daß Putin Russland aus der Wirtschaftskrise herausführen kann?*



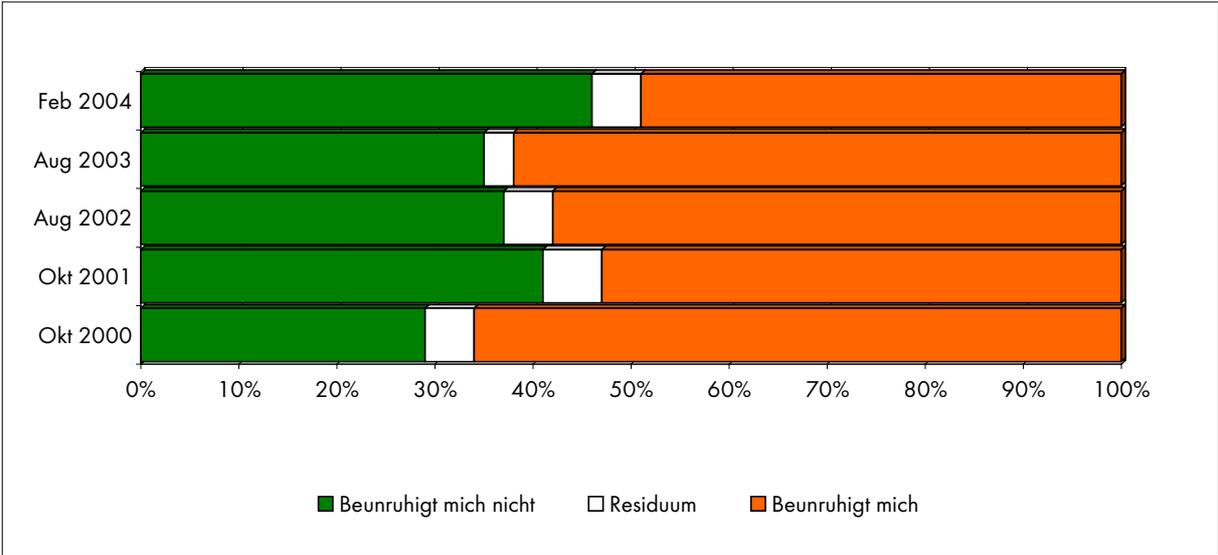
*Hoffen Sie, daß Putin den Lebensstandard der Bevölkerung erhöhen kann?*



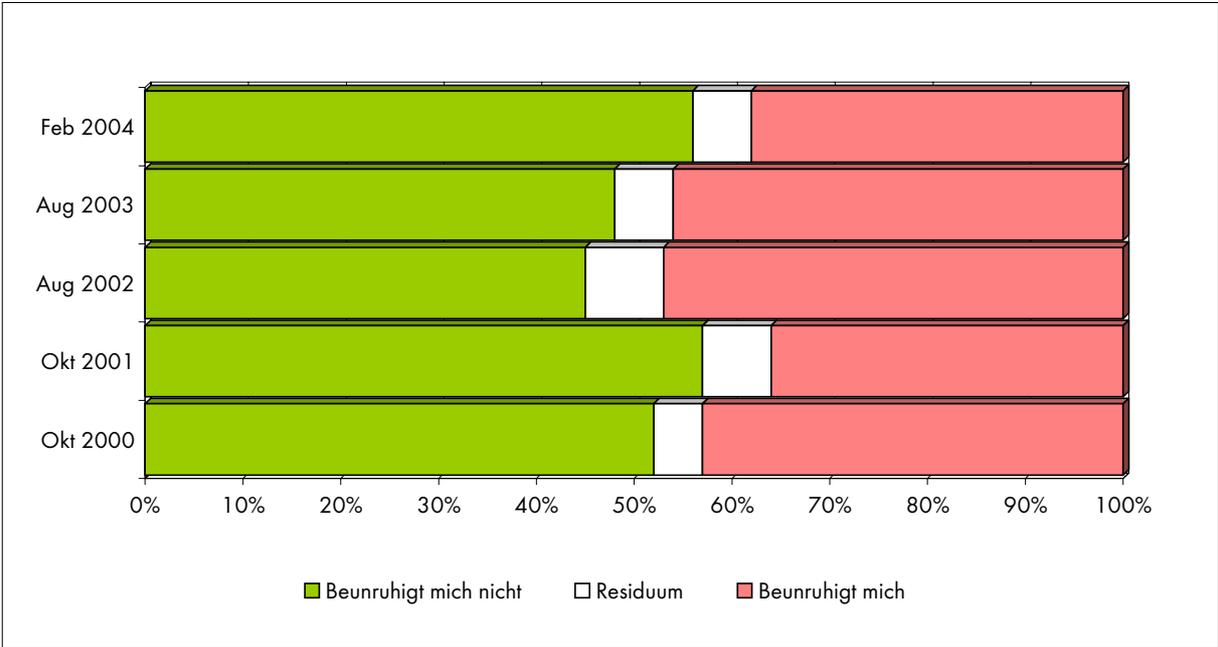
*Beunruhigt es Sie, daß Putin das tschetschenische Problem bisher nicht lösen, die Kampfhandlungen in Tschetschenien beenden konnte?*



*Beunruhigt es Sie, daß Putin bisher kein konkretes wirtschaftliches und politisches Programm vorgelegt hat?*



*Beunruhigt es Sie, daß Putin eine harte Diktatur errichten könnte - gestützt auf Militär und Machtstrukturen?*



Quelle: Lewada-Zentr <[www.levada.ru](http://www.levada.ru)>

## Dokumentation

### Die wichtigsten rechtlichen Regelungen zur Wahl des russischen Präsidenten

#### Verfassungsrechtliche Grundlagen des russischen Wahlsystems

Wahlgrundsätze	Der Präsident der Russischen Föderation wird von den Bürgern der Russischen Föderation auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung für vier Jahre gewählt. (Art. 81 der russischen Verfassung)
Passives Wahlrecht	Zum Präsidenten der Russischen Föderation kann ein Bürger der Russischen Föderation gewählt werden, der nicht jünger als 35 Jahre ist und seit mindestens zehn Jahren ständig in der Russischen Föderation lebt. (Art. 81 der russischen Verfassung)
Begrenzung der Amtszeit	Ein und dieselbe Person kann das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation nicht länger als zwei Amtsperioden nacheinander innehaben. (Art. 81 der russischen Verfassung)
Aktives Wahlrecht	Die Bürger der Russischen Föderation haben das Recht, die Organe der Staatsgewalt und die Organe der lokalen Selbstverwaltung zu wählen und selbst gewählt zu werden sowie an Referenden teilzunehmen. (Art. 32 der russischen Verfassung)
Ausschluss des aktiven Wahlrechts	Bürger, die vom Gericht entmündigt worden sind, sowie Personen, die aufgrund eines Gerichtsurteils in Haftanstalten einsitzen, haben nicht das Recht zu wählen oder gewählt zu werden. (Art. 32 der russischen Verfassung)
<b>Zentrale Bestimmungen des Gesetzes „Über die Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation“ (in Kraft getreten am 16.1.2003)</b>	
Festlegung eines föderalen Wahlkreises	Die Wahlen zum russischen Präsidenten werden in einem einheitlichen föderalen Wahlkreis, der das gesamte Territorium der Russischen Föderation einschließt, durchgeführt. (Art. 4 des Wahlgesetzes)
Festlegung der Wahlen	In Übereinstimmung mit der Verfassung der R.F. beraumt der Föderationsrat die Wahlen zum Präsidenten der R.F. an. (Art. 5 des Wahlgesetzes)
Kandidaten	Die Kandidaten können von politischen Parteien, ..., und von Wählervereinigungen aufgestellt werden und können sich auch selbst aufstellen. (Art. 6 des Wahlgesetzes)
Aufgabe der Wahlkommissionen	Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Präsidenten der R.F., die Sicherung der Realisierung und des Schutzes der Wahlrechte der Bürger und die Kontrolle über die Einhaltung der genannten Rechte obliegt den Wahlkommissionen ... Eine Einmischung in die Tätigkeit der Wahlkommissionen von Seiten der Legislativ- (...) und Exekutivorgane der staatlichen Macht, der Selbstverwaltungsorgane und anderer Organe und Organisationen, von Amtsträgern und anderen Personen ist nicht zugelassen. (Art. 7 des Wahlgesetzes)
Grundlagen der Wahlwerbung	Die Bürger der R.F., die politischen Parteien, die anderen gesellschaftlichen Vereinigungen und die Wählerblöcke haben das Recht, in allen gesetzlich zugelassenen Formen und mit gesetzlichen Mitteln Wahlkampfwerbung zu betreiben. Den registrierten Kandidaten werden zur Durchführung des Wahlkampfes die gleichen Bedingungen beim Zugang zu den Massenmedien garantiert. (Art. 8 des Wahlgesetzes)
Finanzierung	Die Ausgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Präsidenten der R.F. gehen zu Lasten der Mittel des föderalen Budgets. Die Kandidaten sind verpflichtet, eigene Wahlfonds zur Finanzierung ihres Wahlkampfes zu bilden. (Art. 9 Wahlgesetzes)

Beschränkung der Meinungsfreiheit im Wahlkampf	Die Informationsmaterialien, die in die Massenmedien aufgenommen oder auf andere Weise verbreitet werden, müssen objektiv und zuverlässig sein und dürfen die Gleichheit der Kandidaten nicht verletzen. In den Informationsprogrammen von Fernsehen und Rundfunk und in den Presseberichten dürfen Mitteilungen über Maßnahmen der Kandidaten im Wahlkampf, ihnen Nahestehender, politischer Parteien, Wählerblöcke und Gruppen von Wählern nur in einzelnen Informationsblöcken und ohne Kommentare gegeben werden. Derartige Informationsblöcke werden von den Kandidaten ... nicht bezahlt. In ihnen darf keinem der Kandidaten der Vorzug gegeben werden und auch keine Diskriminierung (...) eines Kandidaten stattfinden, auch nicht durch die Zeit oder den Raum, der diesen Mitteilungen gewidmet wird. (Art. 46 des Wahlgesetzes)
Wahlwerbung in den Medien	Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen und Rubriken in Presseerzeugnissen können den registrierten Kandidaten [in im Einzelnen geregelter Form] kostenlos (...) oder gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden. Eine Partei oder eine Wählerversammlung, die Kandidaten aufgestellt hat, die im Ergebnis der Wahl weniger als 2 % der Stimmen der Wähler, die an der Wahl teilgenommen haben, bekommen haben ..., sind verpflichtet, den staatlichen Organisationen von Fernsehen und Rundfunk und den staatlichen Presseunternehmen die Kosten der kostenlos zur Verfügung gestellten Sendezeit und der Rubriken in den Zeitungen zu ersetzen. Art- 51 und 63 des Wahlgesetzes
Wahlergebnis	Gewählt ist derjenige der registrierten Kandidaten, der mehr als die Hälfte der Stimmen der Wähler, die an der Wahl teilgenommen haben, erreicht hat. Wenn weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen haben, ist die Wahl ungültig. (Art. 76 des Wahlgesetzes)

Zusammengestellt von Angelika Nußberger

## Aktuell

### Die neue russische Regierung\*

<i>Altes Kabinett (Anfang Januar 2004)</i>		<i>Neues Kabinett (9. März 2004)</i>	
Ministerpräsident	<i>Michail Kasjanow</i>	Ministerpräsident	<i>Michail Fradkow</i>
Erster Stellvertretender Ministerpräsident	<b>Viktor Christenko</b>	Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Alexander Schukow</i>
Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Boris Aljoschin</i>		
Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Galina Karelowa</i>		
Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Wladimir Jakowlew</i>		
Stellvertretender Ministerpräsident / Finanzminister	<b>Alexej Kudrin</b>	Finanzminister	<b>Alexej Kudrin</b>
Minister für Steuern und Abgaben	<i>Gennadij Bukajew</i>		
Minister für Staatseigentum	<i>Farit Gasisullin</i>		
Minister für Bodenschätze	<i>Witalij Artjuchow</i>	Minister für Bodenschätze	<i>Jurij Trutnew</i>
Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel	<b>German Gref</b>	Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel	<b>German Gref</b>
Minister für Industrie, Wissenschaft und Technologie (kommissarisch)	<b>Andrej Fursenko</b> ( <i>bis Oktober 2003: Ilja Klebanow</i> )	Minister für Industrie und Energetik	<b>Viktor Christenko</b>

Minister für Antimonopolpolitik und Unternehmertum	<i>Ilja Juschanow</i>		
Energieminister	<i>Igor Jusufow</i>		
Minister für Atomenergie	<i>Alexander Rumjanzew</i>		
Stellvertretender Ministerpräsident / Minister für Landwirtschaft	<b>Alexej Gordejew</b>	Minister für Landwirtschaft und Fischerei	<b>Alexej Gordejew</b>
Transportminister	<i>Sergej Frank</i>	Minister für Transport und Kommunikation	<i>Jurij Lewitin.</i>
Minister für Verkehrswege	<i>Wadim Morosow</i>		
Minister für Kommunikation	<i>Leonid Rejman</i>		
Außenminister	<b>Igor Iwanow</b>	Außenminister	<i>Sergej Lawrow</i>
Verteidigungsminister	<b>Sergej Iwanow</b>	Verteidigungsminister	<b>Sergej Iwanow</b>
Innenminister (kommissarisch)	<b>Raschid Nurgalijew</b> ( <i>bis Ende 2003: Boris Gryslow</i> )	Innenminister	<b>Raschid Nurgalijew</b>
Minister für Tschetschenienfragen	<i>Stanislaw Iljasow</i>		
Minister für Nationalitätenpolitik	<i>Wladimir Sorin</i>		
Minister für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz	<b>Sergej Schojgu</b>	Minister für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz	<b>Sergej Schojgu</b>
Bildungsminister	<i>Wladimir Filippow</i>	Minister für Bildung und Wissenschaft	<b>Andrej Fursenko</b>
Justizminister	<b>Jurij Tschajka</b>	Justizminister	<b>Jurij Tschajka</b>
Kulturminister	<i>Michail Schwydkoj</i>	Minister für Kultur und Information	<i>Alexander Sokolow</i>
Minister für Presse, Fernsehen und Massenmedien	<i>Michail Lesin</i>		
Gesundheitsminister	<i>Jurij Schewtschenko</i>	Minister für Gesundheitswesen und soziale Entwicklung	<i>Michail Surabow</i>
Minister für Arbeit und Sozialentwicklung	<i>Alexander Potschinok</i>		
Leiter des Apparats der Regierung	<i>Konstantin Merslikin</i> ( <i>bis Okt. 2003: Igor Schuwalow</i> )	Leiter des Apparats der Regierung	<i>Dmitrij Kosak</i>
Sekretär des Sicherheitsrates	<i>Wladimir Ruschajlo</i>	Sekretär des Sicherheitsrates	<b>Igor Iwanow</b>

(Fett dargestellt: Mitglieder des alten und des neuen Kabinetts)

\*Eine Analyse der Regierungsbildung folgt in der nächsten Nummer der Russlandanalysen

## Rückblick

### Was sind russische Wahlprognosen wert?

Am Beispiel der Voraussagen für die Dumawahlen 2003.

Die russischen Meinungsforschungsinstitute durften nach dem 1. Dezember 2003 keine Prognosen über den Ausgang der Dumawahlen mehr publizierten. Daher stammen die letzten veröffentlichten Voraussagen aus dem November. Indes haben sich die wichtigsten Institute an einem nichtöffentlichen Wettbewerb (Konkurs „Politprognos-2003“) beteiligt, bei dem es um die Genauigkeit der Prognosen ging. Verglichen wurden Daten, die bis zum 5. Dezember einzureichen waren. Diese Voraussagen sind jetzt veröffentlicht worden.

Vergleicht man die veröffentlichten Wahlprognosen des Lewada-Instituts (früher VCIOM-A), des Allrussischen Meinungsforschungsinstituts (VCIOM) und der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) mit dem offiziellen Endergebnis, so erkennt man eine Reihe von . Alle drei liegen bei der KPRF deutlich zu hoch. Hier liegt offenbar eine Entwicklung vor, die mit dem vorhandenen Instrumentarium nicht prognostizierbar war. Dagegen sagen alle zutreffendermaßen hohe Gewinne für „Einiges Russland“ voraus. Die niedrigen Werte für die liberalen Parteien werden von Lewada und FOM ebenfalls richtig prognostiziert. Nur das FOM schätzt die Chancen von „Liberaldemokraten“ und „Heimat“ korrekt ein, Lewada und VCIOM unterschätzen diese beiden Parteien. Im großen und ganzen sind die Dezemberprognosen aber – abgesehen von den Angaben für die KPRF – einigermaßen brauchbar.

Was ins Auge sticht, sind die Unterschiede zwischen den veröffentlichten November- und den nichtveröffentlichten Dezemberprognosen. Im November geben FOM und Lewada die Chancen für „Einiges Russland“ systematisch zu tief an – und liegen damit deutlich unter ihren eigenen Angaben im Dezember. Die liberalen Parteien sieht Lewada im Dezember unter der 5%-Grenze, gibt im November aber an, sie lägen darüber. Das FOM verhält sich genau umgekehrt. Bei der KPRF liegen FOM und VCIOM-A mit ihren Novemberschätzungen wiederum deutlich unter den Dezemberannahmen.

Aus dem Gesagten wird deutlich, dass die veröffentlichten Prognosen nicht wirklich ernst zu nehmen sind. Die tatsächliche Prognosefähigkeit der Institute ist aber, das zeigt der Wettbewerb im Dezember, weit besser als die Novemberdaten vermuten lassen. Ob die Mängel in den öffentlichen Voraussagen Folge wechselnder Wählerstimmungen sind, ob sie auf Erhebungsfehlern beruhen, oder ob hinter der Datenpräsentation politisches Kalkül steckt, kann von hier aus nicht entschieden werden.

### Letzte veröffentlichte Prognosen russischer Meinungsforschungsinstitute vor der Wahl im Vergleich zu den nichtveröffentlichten

Partei	Offizielles Endergebnis	Lewada		FOM		"VCIOM"		
		15.-16.11.2003	"Konkurs", 5.12.2003	29.-30.11.2003	"Konkurs", 5.12.2003	Ende November 2003		"Konkurs", 5.12.2003
						Minimum	Maximum	
Union der Rechten Kräfte (SPS)	4,0%	6,0%	4,7%	3,4%	5,0%	5,5%	7,0%	7,0%
Jabloko	4,3%	6,0%	4,9%	2,7%	5,0%	5,0%	6,0%	5,0%
Wahlblock „Heimat“ (volkspatriotische Union)	9,0%	3,0%	5,5%	4,4%	9,0%	5,0%	6,0%	5,0%
Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)	11,5%	8,0%	8,9%	7,3%	11,0%	7,0%	9,0%	7,0%
Einiges Russland	37,6%	29,0%	40,6%	28,1%	38,0%	40,0%	43,0%	32,5%
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	12,6%	23,0%	22,0%	15,8%	18,0%	12,0%	15,0%	22,0%
Gegen alle	4,7%	5,0%	4,8%	5,0%	4,0%			7,5%
Weiß nicht, unentschieden	1,6%	14,0%		18,3%				
Werde nicht teilnehmen		entfällt		7,9%				

Quelle: Russlandanalysen 9/2003, Seite 7; ferner: [ww.fom.ru/misc/031222.zip](http://ww.fom.ru/misc/031222.zip). Die Lewada-Daten vom 15./16. November beziehen sich nur auf Personen, die an der Wahl teilnehmen wollen.

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Das namhafte, von Lewada geführte *Allrussische Meinungsforschungsinstitut (VCIOM)* ist bekanntlich im Herbst 2003 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und hat ein von der staatlichen Exekutive eingesetztes Management erhalten. Lewada und seine Mitarbeiter haben daraufhin ein neues Institut gegründet, das sie zunächst *VCIOM-A* nannten. Nachdem die Behörden diesen Namensgebrauch untersagt haben, ist es jetzt in *Lewada-Institut* umbenannt worden.

## Chronik

Vom 4. bis zum 9. März 2004

4.3.2003	Die „International Labor Organization“ (ILO) in Genf veröffentlicht einen Bericht unter dem Titel „Forced Labor in Contemporary Russia“. Darin wird berichtet, dass 80% der ca. 5 Mio. illegalen Zuwanderer in Russland unter zwangsarbeitähnlichen Bedingungen gehalten werden.
4.3.2004	Dmitrij Rogosin gibt bekannt, dass die Fraktion „Heimat“ Sergej Glasjew mit 22 von 38 Stimmen als Fraktionsvorsitzenden abgelöst hat und ihn selbst an dessen Stelle benannt hat. Rogosins Posten als Stellvertretender Dumavorsitzender wird Sergej Baburin übernehmen, der dem rechtsradikalen Lager zugerechnet wird.
4.3.2004	Russische Medien berichten, dass die Mineralölfirma „Sibneft“ eine Steuernachforderung in Höhe von 700 Mio. US\$ erhalten hat.
5.3.2004	Die Staatsduma stimmt der Ernennung von Michail Fradkow zum Ministerpräsidenten mit 352 Stimmen gegen 58 bei 24 Enthaltungen zu.
5.3.2004	Iwan Rybkin zieht seine Präsidentschaftskandidatur zurück.
5.3.2004	Magomed Achljajew, Verwaltungschef des Bezirks Bujnaksks in Norddagestan, wird aus einem vorüberfahrenden Auto heraus erschossen.
6.3.2004	12 russische Polarforscher von der Polarforschungsstation „Sewernyj poljus-32“, die aufgegeben werden musste, nachdem die Eisscholle, auf der sie sich befand, zerbrochen war, werden von Hubschraubern gerettet.
6.3.2004	Das russische Außenministerium entzieht Lord Judd das Visum. Lord Frank Judd hatte als Berichterstatter des Europarats die russische Tschetschenienpolitik scharf kritisiert.
7.3.2004	Magomed Chambijew, 1997–1999 Verteidigungsminister im Kabinett des tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow, stellt sich der russlandtreuen tschetschenischen Verwaltung. Die Kapitulation erfolgte in Reaktion auf eine Sonderoperation, die die Familie Chambievs unter Druck gesetzt hatte.
9.3.2004	Putin gibt die Zusammensetzung der neuen Regierung bekannt. Die Zahl der Ministerien wird von 30 auf 17 reduziert (siehe Tabelle Seite 11–12).
9.3.2004	Präsident Putin entlässt den Präsidentschaftsbeauftragten für den Südlichen Föderalbezirk, Viktor Kasanzew. An seine Stelle tritt der bisherige Stellvertretende Ministerpräsident und frühere Petersburger Bürgermeister Wladimir Jakowlew.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>